

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Eingangsnummer 26 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 9390.

Nr. 128

Freitag, den 4. Juni 1920

11. Jahrgang

## England verhandelt mit Rußland.

### Der Sozialismus in Polen.

Nach dem Parteitag der P. P. S.

Warschau, 27. Mai 1920.

Der Stand der sozialistischen Bewegung in Polen wird durch den Umstand bedingt, daß dieses Land erst an der Schwelle seiner, allerdings viel verheißenden, industriellen Entwicklung steht. Bedeutendere Industriezentren bilden nur Warschau, Lodz und Giesztow. In diesen wenigen Zentren unterliegen die Industriearbeiter, die Kerngruppen des Sozialismus, erheblichen Spaltungen. Die unmittelbare Nachbarschaft des Bolschewismus hat naturgemäß nicht unbedeutende Bruchteile der Arbeiterschaft der Sozialdemokratie abgesperrt gemacht und kommunistischen Verbänden zugeführt. Die meisten jüdischen Arbeiter, welche hier numerisch sehr ins Gewicht fallen, besitzen ihre eigenen Organisationen, wie der „Bund“ und „Poale-Zion“.

Diese Umstände bringen es mit sich, daß das Werbegebiet der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) vorläufig ein ziemlich begrenztes ist. Die von der Partei erzielten organisatorischen Resultate müssen angesichts dessen immerhin als bemerkenswert bezeichnet werden. Wie aus dem Bericht des Zentral-Exekutivkomitees hervorgeht, hat die P. P. S. bei den Wahlen zum Sejm rund 500 000 Stimmen erzielt und 35 Abgeordnete in die Volksvertretung entsandt. In 57 Städten hat sie Vertreter im Gemeinderat. Seit dem Entstehen eines unabhängigen Polen hat die P. P. S. eine außerordentlich rührige Tätigkeit entfaltet, um die Gruppen der früheren Teilgebiete zu zentralisieren und neue ins Leben zu rufen. Sie hat nunmehr ihre Exposituren auch in der Schweiz, Frankreich, Dänemark, Amerika, Litauen und Weißrußland.

Eine Fraktion von 35 Abgeordneten kam innerhalb einer 400 Mitglieder zählenden Körperschaft, wie der Sejm, keine ausschlaggebende Rolle spielen. Dennoch ist der politische Einfluß der P. P. S. unbestreitbar ein sehr erheblicher. Sie verdankt dies dem Umstand, daß sie über eine Reihe von erfahrenen Parlamentariern verfügt, wie Moraczowski, Daszynski, Diamant, leitende Staatsmänner, wie der „polnische Garibaldi“ Pilsudski, sind aus ihr hervorgegangen. Mit großem Geschick weilt die P. P. S. die bäuerlichen Volksparteien, welche im Sejm die Majorität bilden, zu behandeln.

Der 17. Kongreß der P. P. S., welcher vom 21. bis 25. Mai in Warschau tagte, hatte aus vielen Gründen für die sozialdemokratische Bewegung in Polen epochemachende Bedeutung. Es war der am stärksten besuchte sozialistische Kongreß auf dem Boden des wiedervereinigten unabhängigen Polen. Dies sowie die Entwicklung des sozialdemokratischen Gedankens während des Weltkrieges veranlaßte die Parteileitung, das Programm der P. P. S. neu zu formulieren.

Das vom Genossen F. Perl redigierte und vom Kongreß einstimmig angenommene Programm enthält neben einer vorzüglichen Zusammenfassung der bekannten Hauptmomente der sozialistischen Doktrin manchen neuen bemerkenswerten Gedanken. Der Weltkrieg — heißt es darin — hat das Herannahen der sozialistischen Organisation außerordentlich beschleunigt, indem er die produktive Rolle des Kapitalismus untergraben und die wirtschaftliche Betätigung des Staates sehr ausgedehnt hat. Auf dem Hintergrund des daniederliegenden Wirtschaftslebens treten die Miesenvermögen der Spekulanten und Schieber in ihrem Parasitencharakter um so greller hervor. Andererseits haben die Staaten unter dem Zwange, für die Kriegszwecke alle Kräfte anzustrengen, das ganze Wirtschaftsleben ihrer Kontrolle unterworfen, manche Zweige in eigene Verwaltung übernommen, ja sogar die Verteilung der Produkte organisiert. Auf diese Weise hat man den Begriff des freien Wettbewerbs sowie der Unantastbarkeit des Privateigentums untergraben und neue Anlässe der Kollektivwirtschaft geschaffen. So wird das Ringen um die sozialistische Organisation zum Kennzeichen der auf den Weltkrieg folgenden historischen Periode.

Hinsichtlich der Wege zum definitiven Sieg des Sozialismus stellt das Programm klare Richtlinien auf. „Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist nicht das Ziel, sondern das Mittel; die darauf gerichtete Aktion muß sich der Zielen der sozialen Befreiung unterordnen. Man kann den Sozialismus nicht mit einem Schlag verwirklichen, noch auch ihn mechanisch durch Gewalt und Terror aufzwingen. Die sozialistische Organisation kann nicht gegen den Willen der Mehrheit der Gesellschaft eingeführt werden, sie muß sich daher auf demokratische Prinzipien stützen.“ „Die diktatorische Herrschaft einer Minorität ist mit dem Charakter des Sozialismus unvereinbar und kann nicht zur Befreiung der Arbeiterklasse führen. Daher lehnt die Partei die so vorkommende Diktatur des Proletariats ab.“

Als Kommentar zu dieser Stellungnahme können die Worte des Referenten Medziakowski dienen: „Die Idee der Diktatur des Proletariats ist im Laufe der letzten Jahre durch das Beispiel Rußlands widerlegt worden. Sozialis-

mus ist Freiheit, die Diktatur des Proletariats in Rußland aber hat zur Partisolidarchie geführt.“

Das Programm befürwortet also die allmähliche Sozialisierung unter der Kontrolle der Allgemeinheit. Als das zweite Hauptmittel zur Verwirklichung der sozialistischen Organisation erachtet es das Zusammenwirken mit dem Proletariat aller anderen Länder. Die Solidarität der Nationen als Ziel des Sozialismus wurde auf dem Kongreß vielfach stark betont. Der Referent für diese Frage, Czapiński, versichert das europäische Proletariat, daß die P. P. S. keineswegs eine chauvinistische Partei sei, die gleich dem französischen Nationalsozialismus nur die eine Lösung kenne „Am Volke für das Volk“, sondern, daß sie auch der Devise huldige „In der Menschheit für die Menschheit“.

Im Programm wird die Bildung eines Völkerbundes verlangt, der auf der Gleichberechtigung aller Nationen sowie auf der Beseitigung der Hegemonie der Großmächte beruhen würde.

Eine neue Anregung brachte der Kongreß der P. P. S. hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung der Internationale. Den Anschluß an die dritte Moskauer Internationale lehnt die einstimmig angenommene Kongressresolution mit der Begründung ab, daß diese Organisation nur eine einseitige Gruppierung kommunistischer Elemente unter der Hegemonie des russischen Bolschewismus sei. Aber auch die zweite Internationale sei nach dem Austritt der französischen und italienischen Sozialisten und der deutschen Unabhängigen eine einseitige Organisation geworden. Trotzdem befürwortet die P. P. S. die Entsendung von Delegierten zu dem bevorstehenden Kongreß der zweiten Internationale in Genf, jedoch mit der Weisung, daß gelegentlich dieser Veranstaltung die Gründung einer neuen, alle sozialistischen Parteien, die auf dem Boden der Demokratie stehen, umfassenden Organisation angestrebt werden solle. Die erste Internationale konnte nur eine Internationale der Initiative sein. Die neue kann und soll die Internationale der sozialistischen Tat werden.

Die leidenschaftlichsten Debatten veranlaßte die Frage der Beteiligung der P. P. S. an der gegenwärtigen Regierung in Polen. Die Führer des sozialistischen Klubs im Sejm setzten sich mit Entschiedenheit für die Beteiligung ein, da sie sich von einer solchen den baldigen Abschluß eines gerechten Friedens mit Rußland sowie die staatliche Sequestrierung der Lebensmittel und die Durchführung der Agrarreform versprochen. Daszynski war bereits als Minister des Reichens, Diamant als Finanzminister in Aussicht genommen. Der Kongreß entschied jedoch im entgegengesetzten Sinne. Die Beteiligung der Sozialdemokraten an einer Koalitionsregierung würde nach Ansicht der Mehrzahl nur die Fiktion einer arbeiterfreundlichen Staatsleitung schaffen, ohne den Genossen die Möglichkeit zu geben, die wahren Absichten und Interessen des Proletariats zu vertreten. Immerhin wurde der Parteileitung anbefohlen, im Falle einer Veränderung der politischen Lage die Angelegenheit der Partei wieder zu unterbreiten.

In engem Zusammenhang mit der Frage des Eintritts in die Regierung verließ die Erörterung der für Polen heute aktuellsten Angelegenheit: des Krieges oder Friedens mit Rußland. In Westeuropa wird der P. P. S. bekanntlich vorgeworfen, daß sie die neue Offensive Pilsudskis unterstütze. Aus der Kongressresolution in der Friedensfrage erhellt man das Bestreben, die Stellungnahme der Partei zu klären. Wohl wird betont, daß die P. P. S. stets die Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine befürwortet habe. Der Kongreß stellt jedoch fest, daß die Verlängerung des Krieges mit Rußland unnötig und gefährlich sei und fordert die Regierung zu baldigster Friedensschließung nicht auf der Grundlage neuer Siege, sondern auf der ehrlichen Verständigung sowie der Selbstbestimmung der Völker auf.

### Lord George über Englands Verhandlungen mit Rußland.

Auf Anfrage über die Verhandlungen mit dem bolschewistischen Gesandten Krassin antwortete Lord George im Unterhaus, daß der Beschluß, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland wieder anzuknüpfen, vom Oberen Rat am 16. Januar in Paris gefaßt und am 24. Februar in London bestätigt worden sei. Der Oberste Rat beschloß in San Remo, die alliierten Vertreter zu ermächtigen, mit Krassin und der russischen Delegation, die sich zu jener Zeit in Kopenhagen befand, eine Zusammenkunft zu vereinbaren, die den Zweck haben sollte, die Handelsbeziehungen zwischen den alliierten Ländern und Sowjetrußland durch Vermittlung der russischen Konsumgenossenschaften herzustellen wieder aufzunehmen. Die Grundbedingung für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland sei die Freilassung aller britischen Militär- und Zivilgefangenen ohne Unterschied ihres Ranges.

In der „Post“ schreibt der russische Politiker Joseph Kessen über die gegenwärtige Lage in Sowjetrußland: Hunderttausende leben in den fürchterlichsten Zuständen. 1911 betrug die Sterblichkeit 21,5 pro Tausend. 1918 war

sie auf 43,6 gestiegen. Sie lagte 1919 bei 74,9 an. Gleichzeitig ist die Geburtsziffer in Petersburg von 29,4 im Jahre 1911 auf 13,6 pro Tausend im Jahre 1919 gefallen.

### Oesterreichs Anschluß an Deutschland.

Die Abtrennung des lebensunfähigen Deutsch-Oesterreich von Deutschland war hauptsächlich das Werk Frankreichs, das durch diese gewalttätige Trennung eine Stärkung Deutschlands verhindern wollte. Inzwischen hat sich aber erwiesen, daß Deutsch-Oesterreich nur durch die weitgehendste Mithilfe der Entente lebensfähig erhalten werden kann. In manchen französischen Kreisen scheint sich daher die Ueberzeugung Bahn zu brechen, daß es unmöglich sei, den jetzigen staatsrechtlichen Zustand dauernd aufrecht zu erhalten. Diese Kreise spielen vorerst aber mit dem Gedanken einer neuen Teilung Deutschlands. Zur Verwirklichung dieses Planes soll diesen „Republikanern“ und „Demokraten“ sogar die Wiedereinführung der Monarchie dienen.

Ueber eine Unterredung, die der Kapitän der französischen Militärmission de l'Epine mit dem deutsch-oesterreichischen Politiker Prof. Dr. Wagner führte, berichtet das „Salzburger Volksblatt“:

Wagner erklärte dem Kapitän zunächst, daß es keine oesterreichische Nation neben der deutschen gebe, und betonte die Einheit der deutschen Nation. Wir Deutschen in Oesterreich betrachten uns als ein Volk von Brüdern im deutschen Reich und als politisch abgetrennte Glieder des deutschen Volkes. Kapitän de l'Epine gab zu, daß er diese Erklärung zum erstenmal in dieser klaren Weise höre. Professor Wagner sagte, die Stimmung sei selbstverständlich allgemein für den Anschluß, auch aus wirtschaftlichen Gründen. Nicht die gleiche Uebereinstimmung herrsche darüber, ob der Anschluß an das Deutsche Reich oder an Bayern zu vollziehen sei. Jedenfalls würden sich aber alle Salzburger, wenn der Anschluß an Deutschland nicht möglich sei, für eine Föderation erklären.

Der Kapitän suchte für die Donau-Föderation Stimmung zu machen. Dabei wies Wagner auf den Haß hin, den die süddeutschen Nationalitäten im alten Oesterreich gegen alles Deutsche hegten. Auf die Frage, wie weit der Anschluß schon vorbereitet sei, antwortete Professor Wagner, darüber könne er keine Auskunft geben. Er sei aber überzeugt, daß alles unternommen werde, was auf dem Wege des Reiches durchführbar sei. Kapitän de l'Epine gab dann zu bedenken, daß ein Aufsehen in das Deutsche Reich auch für die Salzburger als Süddeutsche kaum mehr zu wünschen sei, da damit ihre Eigenart, die von jener der Norddeutschen, insbesondere der Preußen, ganz verschieden sei, bedroht wäre. Darauf erwiderte ihm Dr. Wagner, daß es gar nicht schaden könne, wenn man etwas von dem stämmigen norddeutschen Geist zu spüren bekomme.

Dann lobte Kapitän de l'Epine den Kronprinzen Rupprecht, der in Bayern einen außerordentlich großen Anhang habe. Er ließ durchblicken, daß auch Frankreich nichts dagegen haben würde, wenn sich Oesterreich an ein unter der Herrschaft des früheren Kronprinzen Rupprecht stehendes Bayern anschließen würde. Darauf betonte Professor Wagner die unbedingt republikanische Gesinnung seiner Parteigenossen. Kapitän de l'Epine erklärte schließlich, die Entente wäre bereit, den Anschluß zu bewilligen, wenn der Beweis erbracht wäre, daß Deutsch-Oesterreich allein nicht leben könne.

### Amerika gegen die Schwarzen im Rheinland.

Nach einer Neuzorger Meldung der „Frankf. Ztg.“ hat in den Vereinigten Staaten die Bewegung gegen die Verwendung schwarzer Truppen im besetzten Gebiet einen großen Widerhall gefunden. In einzelnen Städten finden Massenproteste statt. Insbesondere groß ist die Erregung in deutsch-amerikanischen und katholischen Kreisen.

So bleibt die Verteidigung der schwarzen Kulturdenkmäler also das alleinige und darum um so schmerzlichere Vorrecht der Unabhängigen und ihrer Tempelhüterin für edelste Menschlichkeit und heiligstes Menschentum. Frau Luise Fieß.

### Die Ablieferung der Zeppelinluftschiffe.

Aus Stuttgart wird berichtet, daß die Abgabe der nach dem Friedensvertrag an die Entente auszuliefernden Zeppelinluftschiffe, die in den nächsten Wochen ausgeführt werden sollte, nach Friedrichshafener Meldungen auf Schwierigkeiten stöße. Die Arbeiter des Luftschiffbauwerkes Zeppelin und die Besatzung der Luftschiffe übernahmen sollten, weigerten sich, dieses zu tun, weil sie durch die Maßnahmen der Entente die Ueberführung der Luftschiffe übernehmen sollten, weigerten sich, dieses zu tun, weil sie durch die Maßnahmen der Entente den deutschen Luftschiffbau und den Luftschiffbetrieb bedroht sähen. Sie machten ihre Mitwirkung bei der Ablieferung der Luftschiffe insbesondere davon abhängig, daß die beiden Verkehrsflotten „Bodensee“ und „Nordstern“ Deutschland verlassen und keine Zerstörung der Werftanlagen verlangt werde, die den Bau von Luftschiffen auf längere Zeit lahmlegen würde.

# Die Verschwörung in Pief.

Aus den neu erschienenen Protokollen und Dokumenten des zweiten Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, der die durch den U-Boot-Krieg verhinderten Friedensverhandlungen zu prüfen hat, ist manches außerordentlich bemerkenswert. Hier ein Protokoll über die Sitzung, die am 8. Januar 1917 bei Hindenburg im Hauptquartier (Schloß Pief) stattfand und in der zwischen den Ministern der U-Boot-Krieg beschlossen wurde, um den Widerstand des für den nächsten Tag erwarteten Reichstages zu brechen. Das in den Akten der Obersten Sekretariate vorhandene Dokument trägt den Titel: „Ganz leise, von Hand zu Hand“. Anwesend waren: General Ludendorff, Oberst v. Hartmann, Oberst v. Spreti, Kapitän zur See (Schiff)

Die Sitzung hat die nachst. Punkte behandelt:  
1. Hindenburg: Der Kaiser will sich die diplomatische Vertretung des unannehmlichen U-Boot-Krieges vorbehalten, um ihn in die Hände zu halten. Er habe ihm gegenüber die Karte über dem Reichstag als U-Boot-Krieg erklärt. In dem Reichstag wird die U-Boot-Krieg erklärt werden.  
2. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

3. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

4. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

5. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

6. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

7. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

8. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

9. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

10. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

11. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

12. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

13. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

14. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

15. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

16. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

17. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

18. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

19. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

20. Ludendorff: Das hat der Kaiser so alles gemacht. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges. Das ist die diplomatische Vertretung des U-Boot-Krieges.

## Deutschland.

### Treuegelöbnis der Reichswehrgenerale.

Reichswehrgenerale in Gehör verlesene geteilt. Die Generäle der Reichswehr zu einer Eidesleistung über die Unverletzlichkeit des Reiches im Reichswehrgenerale. Er bezieht sich auf die Regierung vor allem daran liegt, den Schwere der Verfassung in Zukunft von der gesamten Reichswehr zu gewährleisten zu müssen. Der Reichswehrgeneral benutzte die Gelegenheit, um auch persönlich darauf hinzuwirken, daß nur die vollkommenste Arbeit aller Volkstrait auf dem Boden der Verfassung zu einer besseren Zukunft führen könne. Die Wehr der Reichswehrgenerale versicherte, daß die Reichswehrgenerale General v. Seeckt den Reichswehrgenerale der Treue des Reiches zu der beschwerenen Verpflichtung auf Gehör und Verfassung. Der Reichswehrgeneral v. Seeckt und nach dem, daß die Gehör der Wehr im Innern erste Voraussetzung für die Verfassung und Erhaltung des Reiches ist. Dieses ist nicht nur durch ruhige Entschlossenheit auf dem Boden der Verfassung und des Gesetzes zu erreichen.

### Der Verrat der Schwerindustrie.

Verantwortung und Verrat. Jede Worte sollte man jedem Schwerindustriellen aus dem Munde hören, der mit hohen Worten die Forderungen der Schwerindustrie während des Krieges verkündet. Die hohen Worten sagt Genosse Adolf Lohmann in seiner Schrift. Die Schwerindustrie in und nach dem Krieg. (Verlag Göttinger und Erziehung. Frau Lohmann) Das geschäftliche Unternehmen an. In die Hand geben. Letztendlich werden hochindustrielle Dinge enthalten. Der Fortschritt der Schwerindustrie ist ein großer Gewinn für das Geschäft einträglicher.

schmitt betrug die Ausfuhr über 150 000 Tonnen. Der Damals selbst an der Front gekämpft hat, weiß, welche Knappheit an Draht zum Bau von Hindernissen herrschte. Rühmlich taten sich durch ihren Geschäftspatriotismus die Stinnes- und Thyssenwerke hervor. Die größte Erbhörung in Frankreich und Belgien erweckte bekanntlich neben der Zwangsdeportation der Arbeiter der Abbruch der französischen und belgischen Werke. Auch diese Beschlüsse für die Deutschland im Friedensvertrage schwer bußen mußte, ist auf das ungeheure Schuldkonto unterer Schwerindustriellen „Belagener“ zu setzen. Und diese Leute, die sich in der Stunde der Not als Feinde des Volks erwiesen haben, die eine Korruption in einem Unansehen betreiben, von der wir uns noch heute kaum einen Begriff machen können — eine Korruption, die unter den Namen Wilhelm II. und Friedrichs des großen Jugendhelden vor sich ging — die, jeden heute wegen es heute, einer Korruption in der Republik zu sprechen, während im gleichen Atemzuge der politische Führer Herr Stresemann durch den Verkauf der Reichsrente eine unerbittliche Korruption der öffentlichen Meinung schalt.

### Der Liebling der Deutschnationalen.

Der Liebling der Deutschnationalen. Herr Heffrich kommt jetzt bei den Deutschnationalen in den Reihen der Reichstagen. Er ist ein Führer in der Arbeit der Reichstagen. Er hat die demokratischen Programme und trunken habet hin die alldeutsche Häre. Herr Heffrich ist die Deutschnationalen von Herrn Heffrich so begeistert gewesen. Es gab eine Zeit, wo sie sehr viel Lob und Preis über ihn zu hören mußten, und diese Zeit ist noch gar nicht so lange her. Er war im Jahre 1916, als die alldeutsche Presse gegen den jetzt vergerichteten Heffrich eine regelrechte Kampagne unternahm, weil neben dem Reichstagen v. Heffrich auch der Reichstagen Heffrich ihr als der Mann galt, der hauptsächlich sich dem unannehmlichen U-Boot-Krieg widersetzt. Im gewöhnlichen Sinn er lachte die Deutschnationale Heffrich damals, ob sich nicht in der Vergangenheit Heffrich etwas haben könne, was gegen ihn ausgespielt werden könnte. Und richtig, man fand es. In der letzten Zeit, als Heffrich nach Dörsen für Volkstreuhaft an einer alldeutschen Universität war, hat er ein Buch erscheinen lassen, in dem auch die Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands während eines Krieges behandelt wurde. Heffrich war zu dem Zeitpunkt gekommen, daß ein Krieg der Deutschland die Zufuhr über ähnliche Grenzen sperren würde, so gut wie ausgeschlossen, ein Ding der Unmöglichkeit sei, daß man sich also auf diesen Fall nicht einrichten brauche.

Man kann Heffrich keinen allzu großen Vorwurf machen, daß er die Vielkennerschaft der wilhelminischen Militärdiplomatie nicht vorausgesehen hat, die wirklich das Unheil fertig bekam. Deutschland in einen Krieg mit der ganzen Welt zu verstricken. Die Alldeutschen aber glückter damals, 1916, mit Vorliebe diese Stelle aus Heffrichs Buch, um darzutun, daß dieser Mensch gänzlich unfähig und unwillig sei. Mit Entrüstung wurde vom alldeutschen Bürgern gefragt, wie ein Mann, der so wenig Voraussicht zeigt, heute jetzt mögen dürfte, sich auf den Stuhl des Reichstagen zu setzen. Und vieler von den Deutschnationalen nach vier Jahren als unfähig angespuckte Mann ist jetzt ihr erster Führer.

Allerdings, nicht nur die Deutschnationalen, auch Herr Heffrich hat mit Vielkennerschaft unzufällig verstanden. Er, der nach 1916 dem auf den U-Boot-Krieg drängenden Admiral v. Holtendorff erklärte: „Ihr Weg führt zur Katastrophe“, er leidet selber wenige Monate später den unannehmlichen U-Boot-Krieg ein. Heute will Herr Heffrich freilich nicht mehr wissen, welcher Weg zur Katastrophe geführt hat.

### Das Kinderelend in Deutschland.

Das Kinderelend in Deutschland. Die Zahl der Kinder, die in Deutschland verhungern, ist eine erschreckende. In Leipzig etwa 8 000 tuberkulöse Kinder, in Köln über 10 000, in Hamburg etwa 13 000, in Breslau über 7 000, in Berlin ungefähr 30 000.

Welch ein Meer von Leid und Sterb in wenigen trockenen Zahlen! In der Stadt Barmen befindet sich unter 10 5 Kindern zwischen 1 und 3 Jahren immer eines, das infolge schwerer Mangel nicht haben oder gehen kann. Mrs. Glad Wilson, eine andere Engländerin, schreibt, nachdem sie Berlin und Dresden besichtigt hatte: „Fast alle Kinder in Barmen sind tuberkulös.“ In der 115. Gemeinde von Berlin fand man von 65 Kindern

- 161, die keine Schuhe mehr besaßen (nur noch Holzschuhe),
- 142 ohne Mantel oder warmes Überkleidungsstück,
- 805 die keine Decke oder nur eine Decke hatten,
- 378 bei denen es dabei keine beheizten Raum gab,
- 341 bei denen es ein Tropfen Milch ins Haus kam,
- 106 deren Eltern nicht einmal die täglichen Lebensmittel rationieren konnten,
- 118 waren tuberkulös,
- 48 durch Unterernährung gelitten zurückgeblieben,
- 50 außerordentlich schwach und wogen bis zu 10 Kilogramm unter der Norm,
- 85 Kinder starben im Laufe des Jahres an den Folgen der Unterernährung und Unterernährung.

Nach den Feststellungen Mrs. Hobboules sind 24 Millionen deutscher Kinder dem Untergang geweiht, wenn nicht planmäßig gehandelt wird und rund 8 Millionen Kinder ernstlich gefährdet.

Das Elend als Folge des Krieges und der Niederlage kann keine Partei in den nächsten Jahren befehlen. Wenn aber der Fortschritt der besiegten Klassen Gefährdung und Vernichtung überlassen werden, so auch jede Widerlegung ausgeschlossen.

### Ein unabhängiger Sozialisierungs-Revolutionär

Der „Hamburger Echo“ Nr. 245 vom 29. Mai wurde von einem sozialdemokratischen Agitatoren der Hamburger Bürgerwehr geschrieben. Es war die Erklärung der Revolution, als unter der Herrschaft des damaligen U. S. V. G. General Seeckt im ehemaligen U. und S. Rat die Sozialisierungspolitik mit

wirksamen Mitteln nach U. S. V. Rezept eingeführt werden sollte.

Die Sozialisierungspolitik war der Maschinenbetrieb der Subvention auf der Beden aussersehen. Von selten die Metallarbeiter waren die ersten tariflichen Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern durchgeführt. Subvention, dessen Löhne nach über den tariflichen standen, weilerte sich, da prozentuale Mehr auf seine Löhne, also noch mehr, zu zahlen. Von der U. S. V. Politik angehauchte Genossen ließen sich dem U. und S. Rat und fanden hier die lebhafteste Zustimmung von Hermann Reich. Der Reichstag mußte sofort tagen und wurde, dem die Sache bedenklich schien, mußte seine Zustimmung geben, daß eine Übernahmung der Metallarbeiter den Betrieb schützte und als Staatsbetrieb erklärte. Der reichthümliche Herr Reich, der es vor, sein Unternehmen zu verlassen, und mit ihm schwand der Reichstag um die Auszahlung der Arbeitslöhne. Die Löhne mußten vorläufig ihren Lohn zahlen, bis — die Unzufriedenheit nicht mehr unterdrückt werden konnte. Unter hellem Flehen und Weinen mußte der Metallarbeiterverband statutenwidrig handeln und die Löhne auf 15 000 Mk. angehobene Löhne zu versetzen. Damit unter die Stimmung keine öffentliche Vermittlung trat. Inzwischen wurde vom U. und S. Rat der reichthümliche Herr Reich ausfindig gemacht und gebeten, unter der allgemeinen tariflichen Löhnung weiterarbeiten zu lassen. So damals mit Herrn Reich. Diese Kur wurde auf die praktische Mitarbeit wesentlichen Einfluß ausgeübt zu haben wie folgende Tatsache zeigt. Der auf Antrag von der Bürgerwehr niedergelassene Ausschuss zur Schlichtung eines Heizgasgesetzes trat mit dem Sozialisierungsausschuss gemeinsam, um Mittel und Wege zu finden, wie am zweckmäßigsten der neuen Bevölkerung geholfen werden kann. Als Vertreter der U. S. V. Fraktion erscheint Herrmann Reich und läßt sich mit seiner ganzen Breite mitten im Kreis der Berater nieder und — schläft ein. Schlaf von der längeren Warte des Heizgasgesetzes, der da beraten wird, fürkürzte Stunden lang . . . erwacht, dreht sich um, wo er sich wohl befinden mag, steckt sich eine Zigarette an und verschwindet.

Am nächsten Tage verkündete Herr Hermann Reich mit donnerndem Geschrei die Forderung zur Sozialisierung und beschuldigt die Vertreter der Regierung, daß sie nichts tun, um den Kapitalismus zu beseitigen.

### Weitere Pretsstürze überall.

Die „Baseler Nachrichten“ melden aus Paris: Der Preisdruck hat in der französischen Textilindustrie eine mehr Panik hervorgerufen. Die Industriellen Nordfrankreichs sind der Ansicht, daß man mit allen Mitteln versuchen müsse, den Sturz so zu regeln, daß er sich nur stufenweise vollzieht. Man beabsichtigt daher eine Art Bündnis mit den Verbrauchern und Produzenten, um die Nachfrage auf Grund der Qualität des Angebots zu beseitigen.

Aus Chicago wird gemeldet: In allen Städten am Mississippi dauern die Pretsstürze für Kleider und Schuhe fort. Die Verbilligung beträgt vielfach 15 Prozent. Die großen Neuyorker Konfektionshäuser haben die Preise für Konfektionswaren um 40 Prozent herabgesetzt, da der Umsatz völlig stockt.

### Gegen Reaktion und Kommunisten.

Wien, 31. Mai. (Fig. Drahtbericht des „Vormärts“.) Im Reichsarbeiterrat, der heute zusammentrat, referierte Friedrich Adler über die politische Lage: Seit der letzten Reichskonferenz hat sich eine vollkommene Wandlung der politischen Situation vollzogen. Während damals im Osten Ungarn noch Räterepublik war, herrscht dort heute ein reaktionäres Regime. In der ersten Periode hatten sich die Arbeiterkräfte mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit das österreichische Proletariat verpflichtet sei, den revolutionären Aufstieg in Europa zu unterstützen. Die zweite Periode ist den Maßnahmen gewidmet, um die Reaktion innerhalb und außerhalb Österreichs zu bekämpfen.

In der Debatte sprach u. a. Otto Bauer, der sich gegen die Kommunisten wandte und ihre Angriffe wegen der Wasserabfuhr nach Polen zurückwies. Bauer führte aus, daß es leicht sei, zu deklamieren, daß aber die Sozialdemokratie in zäher stiller Tätigkeit geleistet habe, was zu selbstmörderisch war. Die Revolution steht in ganz Europa an einem Wendepunkt. Wir wissen nicht, wie stark die Reaktion in Deutschland ist, wir wissen auch nicht, wie das neue Bündnis zwischen Frankreich und England auf die Gestaltung Europas wirken wird. Das einzige, was wir tun können, ist die Wahrung, gerüstet zu sein und unser Pulver trocken zu halten. Nie war Einigkeit nötiger als jetzt, wo das Proletariat von den größten Gefahren bedroht ist! Damit vergleicht man das Tun der deutschen Unabhängigen, die den Wahlkampf ausschließlich gegen die Sozialdemokratie führen.

## Ausland.

### Die Arbeiterinternationale gegen Ungarn.

Das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam hat im Einvernehmen mit dem Zentralrat der internationalen Transportarbeiterföderation, der am 31. Mai und am 1. Juni in Amsterdam zusammengetreten war, beschlossen, vom Sonntag, den 20. Juni, an den allgemeinen Boykott gegen Ungarn zu verkünden. Von diesem Tage an soll jeder Verkehr mit Ungarn durch Eisenbahnen, Schiffe, Post, Telegraph oder welcher Art sonst als Protest gegen die Verfolgung der ungarischen Arbeiterchaft vollständig stillgelegt werden.

Nach einem Bericht der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ nach dem Reichsarbeiterrat in Wien mehrere Entschlüsse an, nach denen er die Einstellung aller Lieferungen von Kriegsgerät an Polen und Ungarn fordert. Der Reichsarbeiterrat verlangt ferner baldmöglichste Wiederherstellung der normalen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, sowie die Durchführung des Boykotts überhört Ungarn, sobald ihn die internationale Gewerkschaftszentrale verhängt haben wird. Der Reichsarbeiterrat erklärt, daß, wenn Ungarn nicht zur Abklärung angehalten werde und die Bourgeoisie sowie die Bauernschaft Deutschlands nicht einverstanden wären, auch die Arbeiterklasse Deutschlands nicht einverstanden sein werde. Heimwehren aus verlässlichen Republikanern zu organisieren. Ferner fordert er zur Sicherung der Republik eine demokratische Wahl des Parlaments, sowie Kommunisten.

### Die Stärke der englischen Besatzung.

Amsterdam, 2. Juni. Im englischen Unterhause teilte ein Vertreter des Kriegsamt mit, daß in Polen sich keine englischen Truppen befinden, dagegen ständen im Allensteiner Abkommensgebiet und in Danzig je ein Bataillon, zusammen ungefähr 1500 Mann. Man hofft, daß das Allensteiner Bataillon halb nach Abhaltung der Abstimmung am 15. Juli zurückgezogen werden könne, dagegen sei es gegenwärtig nicht möglich zu sagen, wann das Besatzungsbataillon von Danzig nach England zurückkehren werde.

Seine Ein- und Zweifelnhaftigkeit mehr, Ein- und Zweifelnhaftigkeit werden bis auf weiteres nicht mehr gedrückt. Der Reichsminister der Finanzen hat dies in einer Verfügung an die übrigen Reichsbehörden für zweck- und erfolglos erklärt. Die Verteuerung aller Rohstoffe und die Steigerung der Arbeitslöhne, besonders die des Eisens, würde die Herstellung dieser Munition so teuer, daß sie ihren Fernwert weit übersteigt, selbst wenn man das geringwertigste Metall oder einen anderen Stoff verwenden würde. Dazu kommt die Sucht eines Teils der Bevölkerung, Reichsmünzen selbst mit geringem Metallwert zurückzubehalten. Infolge der Preissteigerung hatten diese keinen Wert, auch nicht mehr die Bedeutung wie früher.

### Aus den Gerichtssälen.

#### Verhören des „Freien Volks“.

Der Redakteur Bruno Gebauer in Danzig brachte im „Freien Volk“ einen Artikel über die Erziehung einer Freie im Reichstal durch einen politischen Verführer. In dem Artikel wurde angenommen, daß der selbige Täter ein Reichwehrosoldat gewesen sei, der als Kosogardist bezeichnet wurde. Der Kommandierende General stellte gegen den Redakteur Strafantrag wegen Verleumdung der Reichswehr. Das Schöffengericht erkannte auf 30 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt legte wegen der Höhe der Strafe Berufung ein und die Verurteilungskammer erkannte auf 100 Mark Geldstrafe und Veröffentlichung. Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, daß er den Inhalt des Artikels nicht gekannt und ihn auch nicht in den Druck gegeben habe, da er zu dieser Zeit auf dem Bezirkskommando anwesend war. Er konnte sich also einer Verleumdung nicht schuldig gemacht haben. Er beantragte Rückverweisung der Sache an die Strafkammer. Das Obergericht gab dieser Revision statt und führte aus: Die Verurteilung erfolgte auf Grund des St. G. B. und des Verleumdungsgesetzes. Daß die Reichswehr nicht beleidigungsfähig ist wie die Wehrmacht, ist nicht bestritten worden, da ein Reichwehrosoldat an der Erziehung nicht beteiligt war. Die Verurteilung konnte aber nicht auf Grund der oben genannten Gesetze erfolgen. Es kam nur eine schuldige Verleumdung in Frage, die es gar nicht gibt. Die Sache wird an die Vorinstanz zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen.

Die Not macht Diebe. Zwei Arbeiter und ein Schiffsführer hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls und Diebstahl zu verantworten. Sie waren im Felde gewesen und hatten eine Familie zu versorgen. Der Schiffsführer erhielt wörtlich 95 Mark und mußte damit eine Familie von vier Köpfen ernähren. Sie waren mit dem Verladen von Waren der amerikanisch-polnischen Kommission auf einem Obofen beschäftigt. Die beiden Arbeiter eigneten sich dabei zwei Ballen Stoff an, um sich und die Familie damit zu kleiden. Der Schiffsführer nahm Schuhe und einen Militärmantel in seine Kasse, um sie sich anzueignen. Die Angeklagten entschuldigten sich mit ihrer Notlage. Das Gericht verurteilte die beiden Arbeiter zu je einer Woche Gefängnis und den Schiffsführer wegen Diebstahls zu 3 Tagen Gefängnis.

### Aus dem deutschen Osten.

Freiburg, 2. Juni. Billige Eier gab es mal wieder für die Hausfrauen. Einem Auktionshaus aus St. Gallen wurden hier von der Abstimmungsbehörde zwei Wagen mit 6000 Eiern beschlagnahmt und zum Höchstpreis für 50 Pfennig pro 6 Eier verkauft, während er 1 Mark gegeben hat.

### Frankreichs Freiheit der Presse in Memel.

Die sozialdemokratische „Memeler Volksstimme“ teilt mit: Der „Memelgau-Zeitung“ in Hendelburg ging folgender Befehl des französischen Gouverneurs zu:

„Die Schriftleitung der „Memelgau-Zeitung“ ist aufgefordert, künftig sich der Abstimmungs- und Anschlussfragen zu enthalten und überhaupt Gegenstände zu behandeln, die zur Folge haben können, Unruhe im Memelgebiet herbeizuführen.“

Die „Memelgau-Zeitung“ schreibt hierzu: Wir haben den hiesigen Herren Plakommandanten darüber benachrichtigt, daß wir nur dann die oben angeführten Fragen behandeln, wenn wir durch den bekannten „Wassal“ und seine wenig objektiven Artikel, die alles, was uns heilig und teuer ist, geflissentlich in den Dreck

### Kleines Feuilleton.

#### Vom Wege . . .

Ein Wort an die Jugendgenosseninnen. Heute will ich einmal ein Wort zu euch sprechen. Wir, das heißt der Verein Arbeiter-Jugend, vertreten den Standpunkt der gemeinschaftlichen Erziehung und der gemeinsamen Arbeit.

Wir Mädchen stehen in der Bewegung in allen vorhandenen Funktionen. Wir beweisen dadurch, daß wir befähigt sind, Arbeit zu leisten und Pflichten zu übernehmen. In der heutigen Zeit stehen aber jedem Menschen, ganz gleich welchen Geschlechts, neben Pflichten Rechte zu. Wir sind daher in die Lage versetzt, diese Rechte zu gebrauchen und mitzubringen anzuwenden. Möglich ist dieses durch Mitbestimmung und Beratung bei allen zu beschließenden Angelegenheiten.

Man wird manche von euch einwenden: Ich kann das nicht, oder ich mag das nicht!

Ja, ihr habt recht, es liegt nun einmal ein wenig im Naturell des weiblichen Geschlechts, daß es zurückhaltender ist. Aber, Genossinnen, das ist es nicht allein, sondern unsere ganze Erziehung ist es, die dieses Gefühl in uns geweckt und anregend hat.

Und dann, Genossinnen, denkt uns erdet ihr zu sehr als Mädchen. Daß ihr gleichberechtigte Menschen seid, habt ihr schon längst noch gar nicht verstanden. Wir sind oft als viel schneller aufnahmefähig als die Genossen, nur gehen wir mit unserer Meinung zu sehr zurück. An uns werden heute die gleichen Anforderungen in Bildung, Wissen, Leistungen usw. wie an das männliche Geschlecht gestellt. Infolgedessen dürfen wir nicht glauben: Als Mädchen habe ich nicht nötig, dieses zu wissen, zu leisten.

Seht einmal tief in euch! Welche von uns ist wohl nicht schon einmal in die Lage gekommen, in ein Gespräch gezogen oder vor einem Redner zu stehen, wobei wir nichts verstanden oder die wir

stehen, dazu gezwungen wurden in Wahrnehmung berechtigter Interessen. Wir haben nur in Notwehr gehandelt. Es hat uns jederzeit ferngelegen, irgendwelche Unruhen in die Bevölkerung hineinzutragen, im Gegenteil, wir haben mehrfach dem „Wassal“ zu verstehen gegeben, daß er durch seine dauernde Bege den Frieden im Memellande doch nicht stören möchte.“

Als man Friedrich den Großen, den einzigen wirklichen Staatsmann, der aus dem Geschlecht der Hohenzollern hervorging, einmal anforderte, Maßnahmen gegen Zeitungen zu ergreifen, die seine Tätigkeit kritisierten, erwiderte er: „Zeitungen soll man nicht genießen!“

### Die eingestampfte Metallarbeiterzeitung.

#### Die Unabhängigen im Metallarbeiterverband.

Vor rund sechs Monaten hatten die Unabhängigen den Kampf innerhalb des Metallarbeiterverbandes auf den Höhepunkt getrieben. Der „konterrevolutionäre“ alte Verbandsvorstand wurde auf der Stuttgarter Tagung abgelöst und Dikmann wie Brandes setzten sich auf die Stuttgarter Stühle. Sie kündigten eine neue Ära gewerkschaftlicher Entwicklung und gewerkschaftlicher Taktik an. In der von der unabhängigen Mehrheit angenommenen, von Dikmann begründeten Resolution versprachen sie Haltung und Politik des Verbandes konsequent „auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sichern Siege des Sozialismus zu führen, mündend in der siegreichen Weltrevolution des Proletariats.“

Dikmann, Brandes und Richard Müller, der Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“, haben damals erklärt, daß diese Forderungen sofort durchführbar seien. Heute sind sie sechs Monate lang unbefruchtete Herren im Vorstand. Kein Sozialdemokrat, kein „konterrevolutionärer“ Gewerkschaftsbosse hat sie gehindert, den Aufbau der großen Industrieorganisation der Metallindustrie zu beginnen, die Kopf- und Handarbeiter umfassen soll. Wo ist sie? Niemand wäre ihnen in den Arm gefallen, wenn sie den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaften, gegen die „Instanzenpolitik“ der Gewerkschaften, gegen den gewerkschaftlichen Bürokratismus aufgenommen hätten. Aber bis heute hat noch niemand Taten gesehen, die beweisen, daß der unabhängige Metallarbeiterverband in die neue Ära des richtiggehenden revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems eingetreten ist.

Nur eine Kleinigkeit hat sich geändert: die Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung“. Aus ihr dröhnen seit sechs Monaten die Donnerworte, mit denen die „verräterische“ „gegenrevolutionäre“ alte Gewerkschaftsbureaucratie in Grund und Boden verdammt wird. Aber merkwürdigerweise haben die Dikmann und Brandes auf einmal die Freude an dem „rabulischen“ Getöse ihres Freundes Richard Müller gründlich verloren. Es ist eben unangenehm, wenn in seiner eigenen Zeitung immer wieder auf die verberbliche, verräterische Wirkung des Gewerkschaftsbürokratismus, der Zirkularpolitik an Verwaltungsfunktionäre mit Warnungen, Mahnungen, Abmurrken von Streiken usw. hingewiesen wird — während die Dikmann und Brandes diese „Bongentaktik“ anwenden und ausgebaut haben wie nie zuvor im Metallarbeiterverband. Wo bleibt da die Erweiterung der Rechte der Metallarbeiter?

Das „Hamburger Echo“ hatte einmal diese Differenzen zwischen der unabhängigen Redaktion und dem unabhängigen Verbandsvorstand erwähnt. Brandes brachte damals den Mut auf, die gesamte Metallarbeiterschaft über die Meinungsverschiedenheit zu läuschen und die Andeutungen des „Hamburger Echo“ als einen „niederträchtigen Schwindel“ zu bezeichnen. Und Richard Müller stülte damals schleunigst fest, daß er keine „scharfe Rüge“ erhalten habe und daß dazu der Vorstand auch kein Recht besitze.

Das war am 13. März. Am 19. Mai aber schrieb der unabhängige Heinrich Malzahn in der unabhängigen Berliner „Freiheit“ in einem Artikel „Industrieverband, Rätesorganisation oder Arbeitsgemeinschaft?“:

„Was tut der Hauptverband des Deutschen Metallarbeiterverbandes? Als Richard Müller in der „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 18 in einem Artikel „Unternehmerfreiheit“ diese „Musterarbeitsordnung“ (Entwurf des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller) einer scharfen Kritik unterzog, beschloß der Vorstand die Zeitung. Ein paar hunderttausend Exemplare mußten wieder eingestampft werden — und das alles, damit die „wirtschaftsfriedlichen Verhandlungen“ nicht gestört würden! So weit wären wir denn glücklich.“

So schlimm wird es schon nicht gewesen sein, wird mancher denken. Dikmann, Brandes und Richard Müller waren doch in Stuttgart ein Herz und eine Seele, und Müller ist das Einstampfen von einigen Hunderttausend Zeitungen doch eine recht kostspielige Sache. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ hat eine Millionenauflage. Nehmen wir an, daß nur 600 000 Exemplare gedruckt waren, so betragen die Unkosten mindestens 100 000 Mk. Das ist nach dem Überlaß des Berliner Metallarbeiterstreiks doch kein Pappenstiel.

Und so etwas sollten Dikmann und Brandes beabsichtigen haben, und noch dazu zu dem Zwecke, nicht etwa um den „revolutionären Klassenkampf“ zu fördern, sondern um Verhandlungen mit dem Verbande der Metallindustriellen nicht fördern zu lassen? Also aus reinem Opportunismus, aus Rechnungsträgererei.

Sie haben es doch getan. So schmerzhaft es Dikmann und Brandes fällt, sie müssen Farbe bekennen und ihre Schuld eingestehen. In Nr. 22 der „Metallarbeiter-Zeitung“ werden in einer „Abwehr“ nötig des Vorstandes die Vorwürfe Malzahns bestätigt, wird zugegeben, daß die hunderttausende Zeitungsnummern vernichtet worden sind. Und der Grund? Danach behandelte sich der Vorstand

„in einer Kammersprache, die auf Grund der geschlossenen Macht des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller erzwungen worden war. Der Artikel mußte zurückgehalten werden, bis die Verhandlungen zu einem gewissen Abschluß gekommen waren, was ein jeder Kollege, besonders in der jetzigen wirtschaftlichen Situation, ohne weiteres verstehen wird.“

So steht also der „revolutionäre Klassenkampf“ der Dikmann, Brandes usw. aus! So die auf Grund der „geschlossenen Macht“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes von den Metallindustriellen erzwungene Kampferklärung! Diese Macht ist so groß und der Mut der revolutionären Klassenkämpfer so stark, daß man wegen der Bezeichnung „Unternehmerfreiheit“ die eigene Zeitung unterdrückt, den eigenen Klassenkämpfern opfert (Müller zeichnet als Redakteur nicht mehr), nur um die Verhandlung mit der Unternehmerorganisation nicht scheitern zu lassen.

Außerdem: wie Dikmann und Brandes über die von den Unabhängigen betriebene Betriebsrätezentrale jetzt denken, geht aus der Notiz ebenfalls hervor:

Die organisierten deutschen Metallarbeiter fordern die Diktatur des Proletariats, sie sind nicht gemüßigt unter die Diktatur einer Führerorganisation, wie sie die Betriebsrätezentrale aufzurichten versucht, zu beugen, genau so wenig, wie sie sich der Instanzenpolitik beugen unterwerfen. In dieser Frage werden wir dem Kollegen Malzahn und seinen Hintermännern bei Gelegenheit einmal näherkommen. Wir beteiligen nicht eine Leihhammelei, um eine andere an diese Stelle zu setzen.

Schön! Leihhammelei wollen Dikmann und Brandes nicht dulden, sie selber aber werfen sich nicht nur zu Leihhammern, sondern zu Diktatoren auf. Sie lassen Hunderttausende von Zeitungsnummern vernichten, damit die Metallindustriellen nur nichts von ihrem revolutionären Kampfesmut erfahren.

Angeichts dieser rechnungsträgerischen Handlung des unabhängigen Verbandsvorstandes sollten sich die Metallarbeiter doch einmal überlegen, ob dieser „neuen“ Taktik wegen es notwendig war, mit einem so ungeheuren Aufwand an Kraft, persönlichen und materiellen Opfern die Metallarbeiter in zwei Lager zu spalten, was doch sicher nicht zu einer inneren Kräftigung beigetragen hat. Ob es wirklich im Interesse der Gewerkschaft lag, die Kollegen mit Schimpf und Schande davonzusagen, die ihr Leben lang für den Metallarbeiterverband gearbeitet und ihn zu der Macht und Bedeutung geführt haben, die er mit Recht im deutschen Wirtschaftsleben einnimmt?

### Bücherwarte.

Deutscher Volksrat, Danzig. Die Nr. 21 der parteilosen Wochenchrift „Deutscher Volksrat“ leitet ein Gedicht von Friedrich Schiller, Kaiser Wilhelm I. Aufzählung im Dome zu Berlin ein. Der Artikel „Berufsaufrebellion“ von P. Hode hat besonders in die heutige Zeit. Dr. Kromschloß, Oberbibliothekar der Technischen Hochschule in Danzig, gibt eine anschauliche Schilderung seiner Bibliothek. Der Aufsatz „Ehre und unehrliche Gewinne“ kommt von einem Leipziger Geschichtswissenschaftler und sagt, daß es der Ehre unseres Volkes immer gewesen sei, Ehre und Würde der Arbeit nicht im Gewinn zu suchen. Zum Schluß wird besprochen, was in Polen für haarsträubende Verordnungen erlassen werden. Bestellungen können bei jeder Postanstalt und bei dem Verlag Deutscher Volksrat, Danzig, Weichseluferhintergasse 12, erfolgen.

nicht beantworten konnten? Vielleicht habt ihr die Angelegenheit mit einer Gleichgültigkeit abgetan, aber wenn mich mein Gefühl nicht täuscht, ist doch eine innere Beschämung und ein Drang nach Vollkommenheit zurückgeblieben.

Etwas, Genossinnen, habt ihr noch im voraus, und das ist tiefe Menschlichkeit, die in unserem Geschlecht von Natur viel ausgeprägter ist, nur ist sie von dem allergehörtsten Teile nicht erkannt. Sie (die Menschlichkeit) ist der Kern in uns. Alles andere ist Maske, Unnatur, Ungezogenheit und Anergogenheit.

Darum, Genossinnen, denkt euch auf euren Menschen in eurem Innern und werdet euch bemüht, daß dieses Leben, das ihr jetzt lebt, eurer nicht würdig ist!

Wir wollen im Verein „Arbeiter-Jugend“ eine Jugendbewegung sein. Jugendbewegung will — Selbsterziehung der Jugend! Darum müssen wir, die wir das erziehen haben, Selbsterziehung eben, müssen ein Vorbild geben denen, die diese Selbsterziehung nicht besitzen, damit sie auch von ihr durchdrungen werden!

Bertram Dähling.

### Parlamentarische Redebüchlein.

Aus der letzten Sitzungsperiode der Nationalversammlung werden die folgenden Stellen mitgeteilt: Ein Abgeordneter meinte, daß der Tropfen demokratischen Deutsches ganz anders herabzuerziehen müsse, während ein anderer davon sprach, daß „dieses ganze Deutsches noch zu beackern“ sei. Ein sächsischer Abgeordneter erklärte, daß „dieser Gedanke kein Volk im Boden finde“, während ein anderer absolut Blüten aus dem Honig saugen wollte. Der Unabhängige Eichhorn äußerte sich dahin, daß die Nachricht die unsäuerliche Quelle deutlich an der Stirn trage. Ein bayrischer Bauernführer bezeichnete sich als „Kommissarvater mit fünf Säulern“. Eine Zentrumsdame erregte mit ihrer Aeußerung zum Äußersten. Die Nationalversammlung kann nicht am Rande vorbeigehen große Heiterkeit. Das ist der Gedächtnispunkt der uns ist, meinte jemand. Ein Herr von den Unabhängigen sprach sich bei der Telephonvorlage dahin aus, daß „das Publikum als wackelnde Kuh ausgenutzt“ werde. Der Reichswirtschaftsminister erklärte gewöhnlich: „Die Not besteht nicht nur, sie ist sogar vorhanden!“ In der Preussischen Landesversammlung wurde erklärt: Wir begraben das Hohelied der Arbeit, das der Finanzminister gestern hier angeschrien hat“. Einer sprach von dem Boden, den der Korredner ausgeführt habe und fuhr fort: „Schon vor hundert Jahren, also schon vor dem Kriege“. Ein Abgeordneter meinte: Man hat die Kustodie in das wilde Meer hineingeworfen, während es von anderer Seite hier. Das Meer ist der schwarze Punkt, wo der Hase im Pfeffer liegt“. Ein junger Sozialdemokrat endlich erklärte beim Kruppelsturzgelebe: Sie haben eine besondere Bestimmung für die Arbeiter eingestrichelt, aus meinen eigenen Erfahrungen kann ich

### Der königliche Stadtschiff.

Das eben erschienene französische Gesetz, das die Ausfuhr von Kunstwerken verbietet, gibt dem Pariser „Grellier“ Anlaß, unter Hinweis auf die schwierige Volkerverfrage, was als Kunstwerk zu gelten habe, daran zu erinnern, wie es vor vielen Jahren einmal der Mumie des Königs Kamies II. ergangen ist. Der französische Regent Napoleon hatte die Mumie dieses französischen Königs entdeckt und sie, sorgsam verpackt, nach Frankreich geschickt. Auf dem Zollamt in Marseille war man dem Kaiser der Rüste ratlos, in welcher Zollklasse man die königliche Leiche unterbringen sollte. Schließlich ermahnte der beauftragte Oberzollinspektor der Mumie ein kleines Stück und führte es zum Kaiser, um durch den Kaiser die schmerzliche Frage der Tarifklasse zu entscheiden. „Räucherliche“, entschied er mit einem Gesichtsausdruck, der nicht gerade auf eine feierliche Begräbnisfeierlichkeit schließen ließ. Das Zollamt gehört in die Tarifklasse „Städtische“. Und so geschah es, daß Kamies II. ungewollt seiner königlichen Würde mehrere Jahrtausende nach seinem Tode als gemeiner Stadtschiff behandelt und bewertet wurde.

# Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 128

Freitag, den 4. Juni 1920

11. Jahrgang

## Danziger Nachrichten.

### Politik der gespaltenen Zunge.

Die Politik der gespaltenen Zunge ist ein Begriff, der sich auf die ungenügende Einigkeit der Parteien im Reichstag bezieht. Die meisten Parteien sind in der Hinsicht gespalten, dass sie nicht nur die Interessen der Nation, sondern auch die Interessen der Provinzen berücksichtigen wollen. Dies führt zu einer ungenügenden Einigkeit in der Politik, die sich in der ungenügenden Einigkeit der Parteien im Reichstag zeigt.

Die Politik der gespaltenen Zunge ist ein Begriff, der sich auf die ungenügende Einigkeit der Parteien im Reichstag bezieht. Die meisten Parteien sind in der Hinsicht gespalten, dass sie nicht nur die Interessen der Nation, sondern auch die Interessen der Provinzen berücksichtigen wollen. Dies führt zu einer ungenügenden Einigkeit in der Politik, die sich in der ungenügenden Einigkeit der Parteien im Reichstag zeigt.

und den durch sie geförderten Arbeiter fortbesten. Damit sind unsere Genossen am entschiedensten der unabhängige Oberführer und Stadtoberführer entgegen. Er erklärte in diesem Abreden: Man müsse auf diesem Gebiet leben und leben lassen und sei auf in solchen Dingen durch die Arbeiter zu leben und nicht gerade um zu leben! Die kapitalistischen Kreise der Stadt...

### Die Entschädigung der Danziger Auslandsdeutschen.

Dem Danziger Komitee der Bundes der Auslandsdeutschen wird aus geschrieben: Der Bund der Auslandsdeutschen in Danzig hat in letzter Zeit sehr wichtige Verhandlungen mit dem Reichsausschuss und dem Reichsausschuss für die Entschädigung der Auslandsdeutschen in Danzig. Die Verhandlungen sind um endlich auch für die Danziger. Die Verhandlungen sind um endlich auch für die Danziger. Die Verhandlungen sind um endlich auch für die Danziger.

Nach der Herr Minister schon besser bestimmt ist, und dass man die Absicht haben soll, wenigstens eine bestimmte Kategorie Danziger die der Entscheidung an gehören. Sollte dies Tatsache werden, so wird dabei eine solche Forderung einen ungeheuren Sturm der Empörung unter den Auslandsdeutschen erzeugen. Sollte man in dieser Hinsicht...

### Warnung vor Arbeitsannahme in Holland.

Der Niederlande-Verband wird wie folgt geschrieben: In der holländischen Presse werden seit einiger Zeit Werbungen zu sehen, die den Auslandsdeutschen in Holland die Arbeitsannahme in Holland anbieten. Diese Werbungen sind in der holländischen Presse zu sehen. Diese Werbungen sind in der holländischen Presse zu sehen.

Die oben erwähnte in der 'Volksstimme' vor mehreren Wochen gegen die holländische Werbungen Stellung genommen.

Jugendtag der Guttempler. Der Guttemplerorden feiert am Donnerstag und Freitag, den 4. und 5. Juni, im Ordenshaus an der großen Straße 14 einen Jugendtag. Der Guttempler-Jugendtag wird von einer der Auslandsdeutschen unserer Stadt an Umfang und Inhalt mit anderen Jugendtagen umfassen 9 Jugend- und 10 Tagelager. Die Ziele der hier im Stillen an der Jugend geleistet wird und die in unserer Stadt schon viel schöne Früchte geerntet hat, verdient in jeder Hinsicht Beachtung und Unterstützung.

# Zeitgemäße Preise

## für moderne Schuhwaren

### Bester Qualität & bester Verarbeitung

Braune Herren-Stiefel und -Halbschuhe \* Segelschuhe  
 Farbige Damen-Halbschuhe u. -Stiefel \* Tennisschuhe  
 Kinderstiefel, braun u. schwarz \* Weiße Leinensstiefel



11 kleine Geschäfte in Berlin

„Ollvia“  
Eigenes Modell

Telephon 3931.

1489

Danzig, Langgasse 73.

## Zwischen Himmel und Erde.

Komik von Otto Rudwig.

(Fortsetzung.)

Valentin schenkte. Die unerschöpfliche Quelle der alten Herren und das was wirklich stand unter dem Himmel und das was wirklich stand unter dem Himmel. Die unerschöpfliche Quelle der alten Herren und das was wirklich stand unter dem Himmel.

Ganz den zu nehmen, so sich an den wesenlosen Ausbruch seiner Kunst gerichtet hatten. Verwunderung über diesen, was zu einem Wunderwerk wurde auf den Herren Sohn werden konnte. Stelle sich über alle nächste Kommandanten der. Gatten Valentin und die Frau nach einander mitgeritt, was sie wählten so konnte andere Menschen bereits bekannt sein. Gleich ein verbrochener Gedanke erschreckte nicht aus dem Ungeläch. Er ist die Bühne eines Schauspiels mit Stimm und Augen. Valentin machte erzählen, was sein Apollonius zurückschritt im Jahre geschah war. Wäre Valentin von dem Neuenmännlichen Eifer nicht, oder würde er dem alten Herrn, dessen argwöhnische Gemütsart er kannte, nicht davon sagen. Seine Erzählung wurde die Geschichte eines leidenschaftlichen und unerschöpflichen Verschwenders. Der, trotz aller Beziehungen seines Bruders, ihn zu halten bis zum gewissen Maß und Krankenstand herabsank. Anglich die Geschichte eines trauen Bruders, der dem Verhängnis nicht entging, die Sorge um Ehr und Ehre und dem Verhängnis und dem Tod der Hände nimmt, um diese Welt zu retten, und von dem Gefährten derer in den Tod verfolge wird.

die Gefahr unendlich vergrößerten, um die Rettung sich allein besinnen zu können. Oder er hielt seinen Vater für den hilflosen Helden, der nicht mehr war und nicht mehr vermochte, als höchstens ihn zu fordern. Und das vergab ihm der alte Herr noch weniger — trotz seines Schmerzes um den Tod, der der Sohn ihm bereits war. Er wurde immer überzeugter, er selbst hätte es nicht so weit kommen lassen, wenn er darum zu tun hätte und die Sache in seine Hand genommen, und Apollonius dürfte niemand seines Wortes anlassen als den eigenen Vornamen. Diese Gedanken machten natürlich vor dem zunächst Notwendigen zurücktreten. Was er bei jenen von der Veranschaulichung des brudermörderischen Gedankens wusste konnte den entzündeten Verbund verhärtet, aber ihn nicht erschrecken machen, wenn nicht ein anderes das ihm noch unbekannt war dazu trat. Er dachte an dem schuldigen Sohne selbst erleben ob es sich ein anderes gab. Sein Entschluss war für alle Fälle gefasst. Er verlangte Gut und Tod. Ein anderer Mal würde Valentin über diesen Befehl erkaunt, vielleicht sogar erlöset. Ist man durch ein Außerordentliches aufgeregt, wie es der Welt derer war, kommt nur das unerwartet, was sonst das Gemütsliche hoch, was an den alten ruhigen Zustand erinnert. Jedes Valentin das Schicksale heftigste und der alte Herr sich um das Leben besorgen, sagte dieser ihm noch einmal, wie grandios und stark sein Neugierigen seien. „Wer weiß“, sagte der alte Herr, „wenn er nicht die Hand der Hand gesehen hat, wie weit er der Erde von der Erde ist, so weit entfernt von ihm ist.“ Und er dem was Valentin sagte. „Aber dürfte dem Jungen in Frankfurt das Tod werden sein oder er würde sonst willig verunglückt sein, so wie er sich hat und sich erwidern. Seine ein gebildeten Freunde hat nicht gesehen, und der hat sie gemacht. Den der Hand — der so unfähig ist als er — will haben in der Schuppen Schichten erlesen. Und hat er ein Wort davon oder ist er so klein, doch er in Kasten zu verbergen gibt, was er sich einbildet in seinem alten Herrenschädel. In ist den andern Tod die ganze Stadt vollbracht. Fieda muß es wahrhaftig nicht sein, er da unerschöpflich hat und die vernünftige Reich stark ist, sondern was die Welt hat und, einen andern...

(Fortsetzung folgt.)

# Danziger Nachrichten.

## Sozialpolitische Reaktion im Freistaat.

Von der Bauarbeiterkommission wird uns geschrieben: Das Gesetz betreffend die polizeiliche Aufsichtung der Bauten ist schon sehr alt und bietet viel zu wenig für den Arbeiter. Wenn sich allgemein im Interesse des Bauwesens die Notwendigkeit einer Reform der Bauaufsicht ergeben möchte, so aber auch dringend zwecks Erweiterung des baupolizeilichen Aufsichtsbereiches. Die Umgestaltung des Baupolizeilichen mit seinen veränderten Anforderungen hat deshalb auch die preussische Regierung nach der Revolution dazu veranlaßt, eine Verordnung in diesem Sinne erlassen zu lassen, daß Personen mit praktischer Schulung zur Bauaufsichtigung herangezogen werden sollen. Als praktisch geschult sind nach unserer Meinung nur Arbeiter und solche Personen anzusehen, die als Maurer oder Zimmerer 8 bis 10 Jahre im Bau mit der Axt oder der Säge gearbeitet haben. Diese so begabte Praxis ermöglicht die Qualifikation, die zur Bauaufsichtigung und Durchführung des Arbeitergesetzes beim Gerüstbau, bei der Aufstellung von Gebäuden usw. erforderlich ist. Es ist durchaus der Gerechtigkeit und dem menschlichen Empfinden entsprechend, den Arbeitern, die in diesen Betriebsstätten ihr Leben und ihre Gesundheit verbrachten lassen müssen, eine Mitwirkung bei der amtlichen Aufsicht zu gewähren. Nicht allein die berufsgenossenschaftliche Aufsichtstätigkeit wird dadurch unterstützt, sondern auch die der Gewerbeaufsichtsbeamten, soweit dieser Aufsichtsdienst baugewerbliche Betriebe nicht berührt. Welche Bedeutung sonst diese Bauaufsicht für das Ansehen des Baugewerbes und im Dienste der Wohnungshygiene gewinnen können, soll hier nicht erörtert werden. Nicht die Unfallrente, die den Arbeitern gewährt wird, ist das erstrebenswerte Ziel. Vorbeugende Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen müssen die leitenden Gesichtspunkte jeder Unfallvorsorge, jedes Arbeiterchutzes, jeder ernsthaften Sozialpolitik sein.

Auf Grund einer Ministerialverordnung vom Jahre 1919 wurde auch für den Polizeibezirk Danzig unter dem 1. Februar d. J. der Baupolizei-Bezirk Danzig als Baupolizeibezirk mit einem Gehalt von 500 Mark monatlich, von dem er die erforderlichen Gehaltsbestandteile, Versicherungsbeiträge und sonstigen notwendigen Ausgaben noch selbst decken mußte, ange stellt. Infolge der enormen Preissteigerung war es ihm fast unmöglich, mit diesem Gehalte auszukommen. Darum beantragte er unter dem 1. April d. J. eine Gehaltsaufbesserung, die dann durch das nachfolgende Schreiben beantwortet wurde:

„Der Herr Regierungspräsident vermag die Notwendigkeit zu Ihrer Weiterbeschäftigung als Baupolizeibeamter nicht anzuerkennen und hat mich angewiesen, Ihnen zum nächsten Termin zu kündigen.“

Demgemäß kündigte ich Ihnen hiermit zum 15. Juni d. J. Weil also der Regierungspräsident ursprünglich die Notwendigkeit des Baupolizeibeamtens nicht anerkennt, darum soll jetzt den alten Mitarbeitern wieder Loh und Löh geöffnet werden. Das Baugewerbe steht, wenn man die auf einen Vollarbeiter fallenden Jahresarbeitsstunden berücksichtigt, mit der Unfallversicherung unter dem Vergleichen. Mit Rücksicht auf die bedeutende Unfallgefahr und die in Frage kommende große Zahl der Arbeiter, muß es ein jeder, der in dem Arbeiter nicht bloß eine Sache, ein Objekt zum Kapitalgewinn, sondern den Menschen und Staatsbürger erblickt, lebhaft bedauern, daß mit der Schaffung des Unfallversicherungsgesetzes nicht auch zugleich wirksame Schutzmaßnahmen zur Verhütung von Unfällen getroffen sind. Würde das geschehen, dann wäre die Einbuße an Menschenleben, an Gesundheit, auch an Menschenschild sehr viel kleiner als heute. Dem Herrn Regierungspräsidenten fehlt angesichts dieses Verhältnisses für die Bedeutung einer wirksamen Unfallversicherung völlig. Würde dem nicht so, dann hätte er nicht die Entlassung allein wegen einer geringfügigen Lohnforderung aussprechen lassen.

Die Bauernotstandsmaßnahmen sind nach unserer Überzeugung vollständig unzulänglich, die Frage der Unfallversicherung ohne Einziehung der Arbeiter zu lösen. Im Interesse der Danziger Bauarbeiterkassen fordern wir daher die sofortige Zurückziehung der Kündigung.

## Polens Danziger Wünsche.

Die amtliche polnische Telegraphenagentur verbreitet folgende Nachricht:

Danitz, 2. Juni. Auf der gestrigen Sitzung im polnischen Sejm brachte der neuernannte Abgeordnete aus Pommern, Dr. Brzyski, nach der Begrüßung des hohen Sejms u. a. folgendes vor:

„Wie polnische Abgeordnete aus Pommern erleben vor der ganzen Welt freilich Protest gegen die neue Aufstellung Polens durch den Friedensvertrag in Versailles, wonach uns seit einigen Jahren unpolnische Gebiete und die unpolnischen Hauptstädte dieser Gebiete, Danzig, herausgerissen sind.“

Das polnische Parlament gab auf die Annahme, die sich in diesem „Protest“ ausdrückt, dadurch die einzig treffende Antwort, daß es über ihn zur Tagesordnung überging. Tatsächlich ist Danzig niemals polnisch gewesen. Nur die größte Erbsüchtigkeit kann das Gegenteil behaupten. Wohl gaben sich Polens Könige alle Mühe, das deutsche Danzig ihrem niemals sonderlich geliebten Staat „einzubringen“. An dem deutschen Charakter und der deutschen Kulturkraft Danzigs sind jedoch alle diese Versuche, bei denen so gut wie kein Mittel gescheut wurde, völlig ergebnislos geblieben. Welche Wünsche man in gewissen polnischen Kreisen, trotz Versailles, noch immer gegen Danzig hegt, das berichtet Dr. Brzyski höchstens. Diese Wünsche konnte er sich aber, der früher in Thorn am allerlautesten gegen nationale Unterdrückung protestierte, aber schon sparen. Der Krieg, den die Polen gegen den Oberkommissar Sir Reginald Dwyer führten, beweist schon klar genug, was und mit welchen Kräften man gewisse Dinge erzwingen möchte.

## Lohnforderungen der Bürgerwehr.

Wir haben bereits mehrmals auf die überaus schlechte Entlohnung der hiesigen Bürgerwehr hingewiesen. Dieser ist von den zuständigen Stellen keine der Zeit entsprechende Regelung der Gehaltsbezüge der Bürgerwehrlente erfolgt. Der Führer der Bürgerwehr, Herr Strod, hat sich nun kürzlich wieder mit einer Eingabe an den Polizeipräsidenten gewandt, in der es heißt:

Die Hilfswachtmeister erhalten seit 1. September 1920 laut Verfügungen des preussischen Finanzministers vom 24. Februar 1920 und vom 3. April 1920 folgende Bezüge:

Tagegeld ohne Unterhalt ob dergeachtet oder nicht 17 Mark, Beihilfe für Verheiratete monatlich 84 Mark, für ein Kind monatlich 20 Mark, für Ledige 50 Mark bei strenger Bekleidung.

Die Mitglieder der Bürgerwehr, welche diesen Dienst wahrnehmen und ebenso Hilfswachtmeister der Polizei sind, erhalten:

Verheiratete 17 Mark Tageslohn, Unverheiratete 15 Mark Tageslohn bei Selbstbekleidung.

Somit erhalten sie keinerlei Zulagen, im Gegenteil, von den obigen Sätzen werden noch die gesetzlichen Abzüge gemacht.

Nach den oben angezogenen Verfügungen kann den Mitgliedern der Bürgerwehr die Zulage der Hilfswachtmeister ohne weiteres gemährt werden. Mit dem Tageslohn von 17 bzw. 15 Mark können auch nur die allernotwendigsten Anforderungen des Lebensunterhalts bestritten werden, abgesehen von der gerechten Forderung bei gleicher Dienstleistung gleiche Entlohnung.

Genosse Strod bittet deshalb den Polizeipräsidenten, daß dieser den Mitgliedern der Bürgerwehr in ihrer Eigenschaft als Hilfswachtmeister der Staatspolizei die gleichen Bezüge wie den Hilfswachtmeistern bewilligt und diese bald möglichst unter Rückwirkung vom 1. Februar 1920 gezahlt werden.

## Die Tagesordnung der Stadtvorbereitungskommission

am Dienstag den 6. Juni 1920 enthält u. a. folgende Punkte: Ausschneiden und Einführung von Stadtvorbereitungen. — Wahlen zu verschiedenen Kommissionen. — Erhöhung des Schulfeldes für die städtischen höheren und Mittelschulen. — Erweiterung der Ermächtigung der Aufsicht zu Vertragsabschlüssen. — Änderung der Fahr-Linie von Kastrup und Kahlauerwache. — Änderung der Busfahrpläneverordnung. — Erste Besung verschiedener Sanitätsfragen für 1920. — Anträge von Stadtvorbereitungen, betreffend Schulverschmächt von Kindern von 1. und 2. Mai d. J., Verhütung von Ueberfüllungen des Straß- und Schulverkehrs, Verhütung von Epidemien und Mangel an hygienischer Gewerbebetriebe, Tätigkeit des Wohnungsamtes. — Anträge von Stadtvorbereitungen, betreffend Bekämpfung von Verkehrs-schwierigkeiten zwischen Danzig und dem Deutschen Reich.

## Heimatsreise deutschgesinnte Oberkiesler.

Am Donnerstag, den 3. Juni, veranstaltete die Landesgruppe Danzig in dem bis auf den letzten Platz gefüllten großen Saal des Gewerbehause ihre ersten ober-schlesischen Elternabend. Wie immer bei den bisherigen Veranstaltungen hatte sich auch dieses Mal eine Reihe von Künstlern für das umfangreiche Programm des Abends in nacheinanderfolgender Weise in den Dienst der guten Sache gestellt. Den Reigen der Darbietungen eröffnete das augenblicklich im R.-K.-Brett mit großem Erfolge gastierende Männerquartett der Herren Opernsänger Stein, Bremer, Bergmann und Aschner, das mit seinen wohlhabenden Stimmen zwei Männerchöre a capella zum Vortrag brachte und dafür reichen Beifall erntete. Darauf deklamirte die Angehörige der Konzertfängerin Frau Gura de Bruhn mit zwei Liedervorträgen für Alt, Fräulein Elsa v. Bodemann erfreute jung und alt mit ihren netzlich erzählten Märchen. Nebenher folgte ein pädagogischer Vortrag über „Elternhaus und Schule“ von Frau Oberlehrerin Weggen. Zwei Lieder für Sopran, vorgetragen von Fräulein Hohnisch, und Langdarbietungen des Ballettmeisters Wölfer und der ersten Solotänzerin Fräulein Linus, sowie der Ballettschülerinnen Eva Leuzner, Margot und Liselott bildeten den Höhepunkt und zugleich den Schluß des wohlgefolgten Abends. Die Klavierbegleitung bei sämtlichen Liedervorträgen und Tänzen hatte Herr Seminarlehrer Gebauer übernommen.

## Die Schnellfahrten der ausländischen Automobile

haben wieder zu einem schweren Unfall geführt. Gestern nachmittag gegen 5 1/2 Uhr wurde eine Dame, die die Allee kreuzen wollte, von einem englischen Automobil (Nr. W. 5546) beim Rasieren in der halben Allee überfahren. Sie wurde in bewußtlosem Zustande mit demselben Auto nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht.

Bekanntlich hat eine Verordnung des Oberkommissars schon vor längerer Zeit die rücksichtslose Raserei der Automobile unter Androhung von Strafen erneut untersagt.

## Der Filmkampf gegen die Geschlechtskrankheiten

hat sich auch in den Danziger U.-L.-Sichtspielen, Elisabethkirchengasse 11, als ein sehr wirksames Aufklärungsmittel erwiesen. Die Vorträge, die Herr Dr. Wöbel ärztlich erläutert, sind dauernd so stark besucht, daß sie nun verlängert werden mußten. Heute und morgen, nachmittags 3 Uhr beginnend, finden die letzten Vorträge statt. Ihnen ist, vor allem im Interesse der weiblichen und körperlichen Gesundheit des arbeitenden Volkes, der gleiche starke Besuch zu wünschen, der die bisherigen Vorstellungen auszeichnete.

## Das Jahrespersonal der Danziger Elektrischen Straßenbahn

schloß am 1. April 1920 mit der Direktion ein neues Lohnabkommen, das Monatslöhne von 580 bis 570 M. vorsah. Infolge der immer stärker zunehmenden Teuerung wurde dieses Tarifabkommen von dem Personal abgelehnt und von der Direktion Monatslöhne von 680 bis 720 M. gefordert. Die Verhandlungen, die deshalb gepflogen wurden, verliefen ergebnislos, weil die Direktion diese Lohnhöhung ablehnte. Diese Ablehnung wurde mit dem schlechten finanziellen Stand des Unternehmens begründet.

Zu dieser Lage nahmen am Mittwoch zwei außerordentlich stark besuchte Versammlungen der Straßenbahner Stellung, in denen der Geschäftsführer des Transportarbeiterverbandes, Werner, den Bericht von den Verhandlungen erstattete. Nach Entgegennahme des Berichts setzte sofort eine lebhafteste Aussprache ein. Ein nicht geringer Teil der Versammelten empfahl, die ablehnende Haltung der Direktion mit einer Arbeitseinstellung zu beantworten. Die Verhandlungsvertreter vertraten demgegenüber den Standpunkt, daß es bei einem Streik der Straßenbahner in der Hauptsache darauf ankäme, die Sympathie der breiten Masse des Publikums zu heben. Dies könne aber nur dann erreicht werden, wenn erst alle geschäftlichen Mittel, die Bewegung auf friedlicher Grundlage zu beenden, erschöpft würden. Nach längerer Aussprache wurde darauf beschlossen, den Schlichtungsausschuß zur Vermittlung in diesem Lohnstreit anzurufen und die Verhandlung beauftragt, auch den Magistrat von dem Stand der Bewegung zu informieren.

## Lohnverhandlungen auf der Danziger Werft.

Der Wunsch nach einer Aufbesserung der Löhne führte auch auf der früheren Reichswerft zu dem Antrage an die Betriebsleitung, die Löhne innerhalb des geltenden Tarifvertrages zu erhöhen. Der deutsche Metallarbeiterverband beschloß, wenn es zu solchen Verhandlungen nicht kommen oder sie ergebnislos bleiben sollten, den Tarif zum 30. Juni zu kündigen. Mit der Lohnforderung sind auch die hiesigen Danziger Gewerkschaften einverstanden. Sie lehnen jedoch auch die bedingte Kündigung des Tarifes, obwohl sie hier nur als taktische Maßnahme gemeint ist, ab. Die christlichen Gewerkschaften stimmen mit den freien Metallarbeiterverbänden auch hinsichtlich der bedingten Kündigung überein.

Die „Danziger Zeitung“ hatte hiernach also gar keinen Grund dazu, etwas sehr sensationell von einer Streitzugefahr und ihrer Befestigung zu schreiben. Der Zweck einer Lohnbewegung ist doch gewiß nicht der Streit; er ist nur das letzte Mittel, wenn alle anderen Verständigungsmöglichkeiten erfolglos versucht worden sind. Die Verhandlungen

haben auf der Werft fast ausschließlich bereits begonnen. Daran erscheint es auch unvorstellbar, wie die „D. Z.“ schreiben konnte, daß Professor Noe erklärt habe, an der Lohn-erhöhung könne nicht eher gedacht werden, bis die Vermögensverhältnisse der Danziger Staatsbetriebe völlig geklärt seien.

Neuer Leiter des Ernährungsamtes. Im heutigen Anzeiger teilte der Magistrat die Stelle des Leiters des Städtischen Ernährungsamtes aus. Der bisherige Inhaber, Herr Professor Reichardt, übernimmt die Stelle des Stadtdirektors des Ernährungsamtes.

Verdoppelung des polnischen Eisenbahntarifes. Mit Wirkung vom 1. Juni sind auf allen polnischen Bahnen die Personalfahrpreise sowohl wie die Güter im Güterverkehr verdoppelt worden. Ausgenommen ist der Eisenbahnverkehr für Milch, die zu den bisherigen Sätzen befördert wird. Für Kohlen kommt infolgedessen keine Verdoppelung in Kraft, als Kohlen von der 6. in die 7., d. i. die niedrigste Klasse vorliegt sind, was insbesondere bei Raubverkehr wesentlich wird. — Die Verdoppelung der in Polen in polnischem Gelde zahlbaren Preise bezweckt angeblich eine Angleichung an die deutscherseits in deutschem Gelde erhobenen Preise.

Neues Operntheater (fr. Wilhelmtheater). Nachdem die Eröffnung der Kleinkunstbühne „Wibelle“ in den unteren Räumen des früheren Wilhelmtheaters am 1. Juni mit einem durchschlagenden Künstlerprogramm stattgefunden hat, wird das neue Operntheater am 16. Juni mit „Azardasfürstin“ eröffnet.

Verstorbener Raubmord. Der Schuhmacher Johann Friedrichowski, geb. am 5. Februar 1895 in Grabau, Kr. Löbau, Dienstadt 8 wohnhaft, welcher bei dem Schuhmacher Johann Konicz, 1. Damm 1 wohnhaft, beschäftigt gewesen ist, wurde am 2. Juni 1920, 6 Uhr vormittags, dabei betrogen, als er seinen Arbeitgeber ersuchen und berauben wollte. Friedrichowski, welcher für gewöhnlich um 8 Uhr früh seine Arbeit antrat, war an diesem Tage schon um 6 Uhr bei seinem Arbeitgeber, der noch schlief, erschienen. Er hat sich an das Bett des Konicz begeben und diesen im Schlafe überfallen. Friedrichowski rückte dem Konicz zunächst eine Schürze in den Mund, wirgte ihn und verfehlte ihm einige Schläge mit einem Gegenstand auf dem Kopf, sodas dieser betäubt wurde. Bevor Friedrichowski sein Opfer überwältigt hatte, muß ein Kampf zwischen beiden stattgefunden haben, denn Tisch und Stühle waren umgeworfen worden. Ein Einwohner des Hauses, dem das Geräusch verdächtig erschien, kam hinzu, und so konnte die Tat verhindert werden. Friedrichowski wurde festgenommen und dem Gericht angeführt.

Beschlagnahmte Diebstehende. Beschlagnahmt sind ein Autofahrzeug, 5 Kilo Gummi in einem Bandstreifen und zwei Rifen „Gomofon“. Interessenten werden ersucht, sich im Zimmer 75 des Polizei-Präsidiums zur Besichtigung der Sachen in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags einzufinden.

Entwendung von 200 000 Mark. Durch die Waldengasse fuhr vorgestern gegen 7 Uhr abends ein Auto, das eine Kasse mit 200 000 Mark verlor. Sie wurde von einem Manne aufgehoben, der damit eiligst die Flucht ergriff. Die sofort vorgenommene Verfolgung war vergeblich. Der Verfolgte entkam im Parkergewirt der Trojengasse, in der sich zahlreiche Menschen sammelten und den Vorfall besprachen.

Aufhebung der Höchstpreise für Süßigkeiten. Das Wirtschaftsamte hat verdruckweise die vom Deutschen Reich angelegten Höchstpreise für Süßigkeiten, Konfekt und Bonbons aufgehoben.

Soll damit etwa an einer weniger auffälligen Stelle ein Loch in die vielen Interessenten verhasste Zwangswirtschaft gestochen werden?

Abgabe von Lebensmitteln. In der heutigen Nummer unserer Zeitung werden wiederum die Lebensmittel bekannt gemacht, die am Sonntag und im Laufe der nächsten Woche zur Abgabe gelangen.

Ausgabe der Brot- und Mehlkarten. Die Ausgabe der Brot- und Mehlkarten erfolgt diesmal gegen Abgabe der Hauptkarte Nr. 181.

Bäblicher Baumfrevler. In der Nacht zum ersten Pfingstfesttag ist eine prachtvolle Birke auf dem Spielplatz in der Waldengasse, gegenüber dem staatlichen Gymnasium, ihrer sämtlichen Äste beraubt worden, trotzdem der Platz abends abgeschlossen wird. Die städtische Gartenverwaltung sichert dem, der den Täter so nachweist, daß er zur gerichtlichen Bestrafung angezeigt werden kann, eine Belohnung von 50 M. zu.

Polizeiverdacht vom 4. Juni 1920. Verhaftet: 6 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Verdachts des Straßenraubs und 3 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Perforationsmittel mit einem Parierkassenschein; 1 weißes Rindfleisch mit Spizenbesatz und Monogramm; 1 goldenes Kettenarmband; abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums, 1 infaßsilberne Dornkette, abgehoben von Fräulein Elisabeth Smantes, Kaczenwall 6, 1 infaßsilberner Uhrarmbänder am schwarzen Bande, abgehoben von Herrn Polizeisekretär Kühn, Bahnhofsstraße 11 b, 1 goldene Halskette nebst goldenem Medaillon mit 4 roten Steinen, abgehoben von Herrn Bureauhilfsarbeiter S. Wlojki, Pelzbau-Allee 7 a.

## Standesamt vom 4. Juni 1920.

Todesfälle: Schmidt, Sergeant im Infanterie-Regiment Nr. 4 des Albert Redmann, 28 J., 9 M. — F. d. Kochmeisterknecht Otto Ripherski, 4 M. — Witwe Auguste Billing geb. Waefferling, 75 J., 10 M. — Witwe Maria Kiebocki geb. Zipper, vorher verheiratet Oberstein, 71 J., 7 M. — S. d. Arbeiter Hermann Rupp, 7 M., 6 J. d. Semann Richard Eubank, 6 Stunden. — Witwe Katharina Kobernacker geb. Lemstra, 81 J., 8 M. — Frau Anna Maria geb. Hing, 44 J. — Maler Johannes Knoch, 24 J., 11 M. — Maria Köhr, 66 J., 3 M. — Nachgelassen: 1 Tochter.

## Wasserstandsrichtlinien am 3. Juni 1920.

	gestern	heute	gestern	heute	
Jamischhof	+1,52	+1,57	Montanerschiffe	+1,17	+1,60
Barthau	+1,56	+1,57	Pischel	+1,08	+1,50
Thorn	+1,19	+1,15	Dirschau	+1,28	+1,25
Tordou	+1,13	+1,08	Einlage	+2,20	+2,20
Calu	+1,06	+1,02	Schienenbahn	+2,42	+2,42
Brandenburg	+1,15	+1,14	Wolfsdorf	+0,24	+0,24
Aurgrab	+1,55	+1,54	Amwachs	+0,94	+1,00

## Chefredakteur Adolf Bartel.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tagesakt und die Unterhaltungsbeilage Ernst Loob, für die Inserate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig, Druck und Verlag: S. G. E. & Co., Danzig.

**Abgabe von Lebensmitteln.**

Sonntag, den 5. Juni und im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

1. Am Sonntag, den 5. Juni: a) Auf die Reichsleistungskarte Abchnitt D: 125 Gramm frisches Schweinefleisch und Wurst (Kinder halbe Menge).

Die Morarte Haushalte, St. Albrecht, ferner Stadtschicht und Schildh, sowie Odra, Cmaus, Prentan und Märgewiesen erhalten 125 Gramm Rindfleisch und Wurst (Kinder halbe Menge). Der Abchnitt E ist unanfällig.

b) Auf die Speleleistungskarte: 250 Gramm Margarine zum Preise von 12 Mk. für das Pfund, auf die Marke 2.

c) Von Montag, den 7. Juni auf die Speleleistungskarte: 125 Gramm Butter zum Preise von 10 Mk. für das Pfund auf die Marke 3.

Die Futterhändler erhalten die Bezugspreise für Butter am Sonntag, den 5. Juni in der Zeit von 8<sup>1/2</sup> bis 12<sup>1/2</sup> Uhr in der Molkereifabrik, Töpferstraße 33.

2. Hierdem haben die Futterhändler, die weiterhin Schmalz zum Verkauf hatten, ihre Restmenge bis Montag, den 7. Juni der Molkereifabrik anzugeben.

3. Von Dienstag, den 8. Juni auf die Lebensmittelkarte:

a) 125 Gramm Oris zum Preise von 92 Pfg. für das Pfund auf die Rinderkarte Marke 85 A in Danzig und Marke 87 A in den Nachbargemeinden.

b) 875 Gramm geschälte Erbsen zum Preise von 2,60 Mk. für das Pfund oder weiße Spellebohnen zum Preise von 3,20 Mk. für das Pfund, je nach Vorrat Marken 14 und 36 A der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder und Marken 31 und 38 A der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

c) 500 Gramm Marmelade zum Preise von 2 Mk. für das Pfund. Marken 15 und 37 A der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder und Marken 32 und 39 A der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

Die Marmelade ist in der üblichen Weise zu beziehen.

d) 1 Suppentafel zum Preise von 13 Pfg. Marken 16 und 38 A der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 33 und 40 A der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

Die Entreichung der eingenommenen Marken erfolgt in der üblichen Weise.

Danzig, den 2. Juni 1920. (1492) Der Magistrat.

**Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.**

Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 181 ausgeben.

Danzig, den 2. Juni 1920. (1493) Der Magistrat.

**Nähgarnverteilung.**

Die selbständigen Schneiderinnen, Näbberinnen und Wuschmädchen, die ihr Gewerbe angeht haben, erhalten für sich und ihre Hilfskräfte je zwei Rollen Nähgarn zu 1000 Yards zum Preise von 21 Mk. für die Rolle in der Verkaufsstelle, Reimbahn Nr. 8. Als Ausweis ist der Gewerbeschein und für die Hilfskräfte die Märgrechnung der Ortskrankenkasse vorzulegen.

Danzig, den 2. Juni 1920. (1494) Das Wirtschaftsamt für das Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig.

Die Stelle des Leiters unseres städtischen Ernährungsamtes ist sofort zu besetzen.

Dem Leiter liegt zugleich die Stellung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Wirtschaftsamtes für das Gebiet der künftigen Freistadt ob. Geeignete Bewerber wollen sich umgehend unter Beifügung von Lebenslauf und Zeugnisabschriften und unter Angabe von Gehaltsforderungen und Anspruchsbedingungen bei uns melden.

Danzig, den 3. Juni 1920. (1495) Der Magistrat.

Die bisherige Umwehung für das Schulgrundstück in Bräun ist in öffentlicher Verhandlung vergeben worden. Angebote sind perichlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis

Dienstag, den 8. Juni, vorm. 10 Uhr im Saal des im Eisenbahndirektionsgebäude, Zimmer Nr. 450, einzureichen.

Die Bedingungen liegen in der Hochbauamtsschleife im Rathhaus in der Langgasse, Zimmer 32, zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Danzig, den 3. Juni 1920. (1496) Der Magistrat.

Die Jurisleitungen der städt. Tiefbauverwaltung sollen in einem oder mehreren Folgen vergeben werden. Die Bedingungen liegen Hundegasse 10, Zimmer 11, zur Einsicht aus; sie können auch von dort gegen Einzahlung der Schreibgebühren bezogen werden.

Angebote mit der Aufschrift „Angebot auf Jurisleitungen“ sind bis zum 15. Juni 1920, vorm. 10 Uhr nach Hundegasse 10, Zimmer 11, einzureichen.

Danzig, den 28. Mai 1920. (1497) Der Magistrat.

**Stadttheater Danzig.**

Direktion: Rudolf Schaper. Freitag, den 4. Juni 1920, abends 7 Uhr

**Offern**  
Ein Nationalspiel von August Strindberg.

Sonntag, den 6. Juni 1920, abends 7 Uhr  
Ermäßigte Preise.

**Die Haubenlerche**  
Schauspiel in 4 Akten von Ernst v. Wildenbruch

Sonntag, den 6. Juni 1920, abends 7 Uhr  
**Zwangseinquartierung**

Schauspiel in 3 Akten von Arnold und Ernst Bach  
Montag, den 7. Juni 1920, abends 7 Uhr  
Zum 1. Male!

**Der Beklagene**  
Schauspiel in 3 Aufzügen von Wilhelm Schmidtben

Dienstag, den 8. Juni 1920, abends 7 Uhr  
**Offern**

Ein Nationalspiel in 3 Akten von August Strindberg.

**Klein-Kunst-Bühne „Libelle“**

**Klein-Kunst-Bühne**  
Die vermehrte Kunststätte  
**Musik! Gesang! Tanz!**  
Die erste Klasseigen  
**Attraktionen 8**  
„Libelle“  
(früher Wilhelm-Theater.)

**Neues Operetten-Theater**  
(früher Wilhelm-Theater)

**ERÖFFNUNG**  
**16. Juni**  
mit  
**„Czardasfürstin“**

**Gedania-Theater**  
Schüsseldamm 53/55.

**Achtung! Nur bis einschl. Montag!**  
Der hervorragende und reichhaltige Spielpian!  
Das große Sensations-Drama  
**„Die Spieler“**  
in 6 Akten  
von Ludwig Wolf  
(Nach dem bei uns erschienenen Roman von Carl Zuckmayer)  
Käthe Haak, Heinrich Paer, Carl Beckersachs.  
**Carla Toelle** in ihrem Film-Schauspiel  
in 5 Akten  
**Johannes Geth.**  
Beginn der besten Vorstellung 8<sup>1/2</sup> Uhr

**Odeon Eden**  
Dominikswall Holzmarkt

**NEU!**  
Eine Anekdote erster Künstler.  
**Alexander Wolz**  
**Edward v. Winterstein**  
**Johanna Torwa**  
in dem großen Drama  
**Pique Dame!**  
Eine Tragödie in 4 Akten und  
**das große Ausstattungswerk:**  
**Der Lebensweg einer Filmschauspielerin.**  
4 teilsweise Akte.  
Im 2. Akt:  
**Großes Künstlerfest.**  
Nur bis Sonntag. (1498)

**Kleine Anzeigen**  
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich

**„Frina“ Kaffee**  
schmeckt wie  
Bekömmlich, ergiebig,  
wieder zu haben in allen  
einschläg. Geschäften.

**Nachtigal** Getreidekaffeeabrik  
**DANZIG**  
1419

**Lichtbild-Theater**  
Langenmarkt Nr. 2.  
Intime Lichtspiele

**Ab heute**  
Der große Abenteuer-Film  
**Das Haus an der Grenze**  
Ein Schmuggler-Drama in 6 Akten.  
In der Hauptrolle:  
**Ludwig Trautmann.**  
Hierzu ein köstliches Lustspiel  
**„Ja, da muß doch in der Leitung...“**  
3 Akte, in welchen Sie herzlich lachen müssen! (1483)

**Metropol-**  
Lichtspiele  
Dominikswall 12.  
Aus dem Jenseits der Gesellschaft!  
Durch die Quartiere des Elends  
und Verbrechens.  
Hochdramatische Akte. (1501)  
**Eine Nacht gelebt im Paradiese**  
Großes Lustspiel in 4 Akten mit Wanda Treumann und Reinhold Schünzel.  
Letzte Vorstellung um 8 Uhr.

**„JUGEND“**  
ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT  
FÜR KUNST UND LEBEN  
VIERTELJAHR: PREIS 1,50 MK.  
EINZELNUMMER 1 MK. 80  
VERLAG DER „JUGEND“ MÜNCHEN.



**Bei Rheumatismus**  
Richt, Stieberstein, Ver-  
änderungen, Steifheit der  
Gelenke, Stieberstein  
gebraucht man

**Bilz Rosenfengels-  
spiritus**  
Mit alterer bewährt an-  
gewandt. Flasche 1,50 Mk.  
Apotheker Dr. J. Erfurt.  
In Danzig in der Engel-Apothek u. der  
Bahnhofs-Apothek

**Volkspflege**  
Bemerkenswertlich-Genossen-  
schaftliche Versicherungs-  
Anstalt

**Bei Rheumatismus**  
Richt, Stieberstein, Ver-  
änderungen, Steifheit der  
Gelenke, Stieberstein  
gebraucht man

**Betriebs-Kapital**  
Darlehen bei 1000 Mk.  
Hypothek auf 1000 Mk.  
Bilz, Kets zu vergeben. Abh.  
Erlaubt. Danzig, Para-  
diessgasse 3-2. (1111)

**Rechnungsprüfer 16 Danzig**  
Bruno Schmidt,  
Wallenbuden 25.

**LB**

Junkergasse 7  
Ecke Bräunasse.

Vom 4. bis 7. Juni  
Das labelhafte Elite-  
Großstadt-Programm  
**Tausend und eine Frau**  
(Das Tagebuch eines  
Junggesellen.)  
Ein Bild aus dem Leben  
von Iwa Raffey  
6 hochinteressante Akte  
mit  
Erich Kaiser-Tiag  
Lucy Kieselhausen  
Harry Lambert-Paulsen  
Ester Hagan.  
Dieser Film hat sich zur  
Aufgabe gestellt, das  
Junggesellenum in all  
seinen Typen u. Daseins-  
formen zu spiegeln und  
seine Schädlichkeit a. d.  
Hand wertvoller u. inter-  
essanter Bilder zu zeigen.  
**„Die Standuhr“**  
Sensat.-Drama in 5 Akt.  
Paul Haldemann und  
Hanna Brinkmann in  
Schleberchou & Co.  
Ein reizendes Lustspiel  
in 3 Akten. (1499)

**Zurückgekehrt!**  
**Zahn-Arzt**  
**Mallachow,**  
Gr. Wollwebergasse 14.  
(1484)  
Bilz-Flechtensalbe  
mit Erfolg angewandt bei  
Barflechten  
sowie Flechten und Haut-  
ausschlägen aller Art.  
Dose Mk. 5.—  
Fabelkaut und Vertrieb  
Apotheker Draefel, Erfurt.  
Zu haben in Danzig in  
der Engel-Apothek u. der  
Bahnhofs-Apothek. (6025)

**Deutscher Metallarbeiterverband**  
Verwaltungsstelle Danzig, 4. Damm 7 II.

**Achtung! Heizungsmonteur u. Helfer!**  
Sonntag, den 5. Juni, abends 6 Uhr,  
im kleinen Saale der Maurerherberge  
Außerordentliche

**Branchenversammlung.**  
Tagesordnung:  
Bericht über den Stand unserer  
Tarifangelegenheit.

**Achtung! Elektromonteur u. Helfer!**  
Sonntag, den 6. Juni, vorm. 10 Uhr,  
in der Maurerherberge, Kleiner Saal  
Außerordentliche

**Branchenversammlung.**  
Tagesordnung:  
Das Verhalten der Arbeitgeber in  
der Tarifrfrage und was tun wir?  
Vollzählige Erscheinen ist unbedingt not-  
wendig. Wichtige Beschlüsse müssen gefaßt werden.  
Mit kollegialem Gruß  
1500) Die Ortsverwaltung.

Wir empfehlen folgende

**Vorwärts-Bücherei**

Ich bekenne. Von Klara Möller-Jahnke 6.—  
Der Gotteslästerer. Von A. Ger. . . . 5.—  
Erweckt. Von A. Ger. . . . . 5.—  
Die Heiterkeit. Von Otto Ludwig . . . 5.—  
In den Tod getrieben. Von Ernst Preczang 4,50  
Verschrobenes Volk. Von Robert Grätzsch 4,50  
Prinzipienreiter. Von Wilhelm Bloss . . 4,50  
Pariser Garten. Von Minna Kausky . . 4,50  
Das Land der Zukunft. Von Leo Kolisch 4,50  
Verbrechergeschichten . . . . . 5.—  
Die Marktenderin. Von Erckmann-  
Chatrian . . . . . 3.—  
Erzgebirgisches Volk. Von A. Ger. . . 3.—  
Nudel, das Kapital. Von E. Preczang 3.—  
Der Ausweg. Von E. Preczang . . . . 3.—  
Mutter. Von Perch . . . . . 3.—  
Der Morgen graut. Von M. Andersen-Nexo 3.—  
Vom Wa'nhaus zur Fabrik. Von  
Heinrich Georg Dikreiter . . . . . 3.—  
Als Zwischendeckeward nach Südamerika 3.—

**Buchhandlung „Volkswacht“**  
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

**Gegen Trunkhudi!**  
ein gutes, wirksames Mittel,  
welches durch viele Dosis-  
schon empfohlen ohne Neben-  
des Trunkers gegeb. werden  
kann, da geruch- und ge-  
schmacklos. Frei von schädli-  
Bestandteilen. Verlangen  
Sie Droge. Preis per Dosis  
3.— Mk., Doppeldosis 14.—  
Mk. durch das Generaldepot  
Apotheker Frank, Haantl.  
approbirt, Berlin B 415.  
18068

**Schul-Reparaturen**  
werden sachmännlich unter  
sicherer Ausführung zu  
äußerst billigen Preisen  
sofort hergestellt. (1469)

**Tilbrandt & Co.,**  
Hundegasse 39.

**Berlangen Sie die**  
**„Volkstimme“**  
in den Gaststätten!